Calwer Tagblatt

Nr. 214. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 60 Pfg. Reklamen 2.— Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 14. September 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12. — vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Das Ergebnis von Aix-les-Bains.

Die Hintertreibung der Konferenz von Genf.

Paris, 13. Sept. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet aus Aix-les-Bains: Das bedeutendste Ereignis der Zusammenkunft ist die sichere Vertagung der Genfer Konferenz, wenn nicht ihr vollständiges Fallenlassen. Der Verzicht auf diese Konferenz wird sehr wahrscheinlich in Frankreich ohne Bedenken aufgenommen werden, wo man bekanntlich der Ansicht ist, daß das Verfahren vor der Reparationskommission der Methode direkter Verhandlungen mit Deutschland vorzuziehen ist.

Paris, 13. Sept. Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Aix-les-Bains meldet, **lichteten sich die Wolken, die bisher die französisch-italienischen Beziehungen beschattet hätten**, da die Italiener ihre wahren Interessen jetzt besser einsähen und infolge des gegenseitigen Wunsches zu einer dauerhaften Entente der beiden Länder zu kommen.

Aix-les-Bains, 12. Sept. Heute vormittag 11 Uhr fand die erste Besprechung zwischen Millerand und Giolitti statt, die bis 12 Uhr dauerte. Nach der Konferenz erklärte Millerand nur, daß die Unterredung sehr herzlich verlaufen sei. Am Nachmittag fand in Anwesenheit des französischen Botschafters in Rom, Barrès, und des italienischen Botschafters in Paris, Bonin-Langorre, sowie in Gegenwart Berthelots und Baron Alliottis eine zweite Besprechung statt. Giolitti wird Aix-les-Bains am Dienstag verlassen, während sich Millerand am Mittwoch nach Genf begibt.

Paris, 13. Sept. Nach der zweiten Unterredung in Aix-les-Bains erklärte Millerand über die Genfer Konferenz, Lloyd George habe auf die **belgisch-französischen Vorschläge** noch gar nicht geantwortet und Giolitti habe nicht die geringsten Einwendungen gemacht. — Ueber die Sovjetfrage sagte er, das zwischen den Alliierten vor acht Monaten geschlossene Abkommen: Handelsbeziehungen, keine politischen Beziehungen!, sei bisher loyal angewandt worden.

Die Entente einig und geschlossen gegen Deutschland.

Aix-les-Bains, 14. Sept. (Havas.) Die beiden Ministerpräsidenten haben am Montag in ihren Besprechungen zu ihrer Genugtuung festgestellt, daß sich ihre Ansichten in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern decken und daß sie entschlossen sind, in vollem Einverständnis miteinander die großen, nach dem Krieg entstandenen Probleme, wie die allgemeine Pazifizierung und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen, einer Lösung entgegenzuführen. **Die Durchführung der verschiedenen Friedensverträge wurde als der Eckstein der Verhandlungen bezeichnet**, wobei Millerand hervorhob, daß **die Ausführung des Versailler Friedensvertrags für Frankreich eine vitale Notwendigkeit** sei. Die beiden Ministerpräsidenten waren ferner darin einig, daß alle noch bestehenden Kriegszustände und Feindseligkeiten behoben werden müssen. Gegenüber Rußland kam man überein, jedem Land vollkommene Handlungsfreiheit zu überlassen und äußerte den Wunsch, dieses Land möchte sobald als möglich ebenfalls dem Werke der Völker für einen dauernden Frieden beitreten. Millerand betonte endlich den großen Wert, den er einer direkten Behandlung der Adriafrage unter den interessierten Staaten selbst beilege. — Giolitti wird heute morgen 10 Uhr Aix-les-Bains verlassen und sich nach Italien begeben, während Millerand morgen früh nach Genf fahren wird.

Aix-lesBains, 13. Sept. Millerand hat heute Vormittag den rumänischen Außenminister Take Jonescu empfangen. Um 10 Uhr wurden die Besprechungen zwischen Millerand und Giolitti wieder aufgenommen. Den Verhandlungen wohnten u. a. Alliotti, Berthelot und Barrès bei. Die Besprechungen werden am Nachmittag fortgesetzt. In der Vormittagssitzung wurde eine gemeinsame Erklärung angenommen, die aber erst im Laufe des Abends veröffentlicht werden soll. An Lloyd George wurde ein Telegramm gesandt, in dem es heißt: Giolitti und Millerand haben wieder Gelegenheit gehabt, die volle Uebereinstimmung ihrer allgemeinen Ansichten, sowie die **grundlegende Notwendigkeit des Ententebündnisses zwischen England, Italien und Frankreich zu erkennen, um die Regelung der europäischen Probleme, sowie die Wiederherstellung des Friedens und der normalen Beziehungen zwischen den Völkern zu sichern.**

Der Krieg im Osten.

Der deutsche Lagebericht über den Stand der russisch-polnischen Kämpfe.

Königsberg i. Pr., 13. Sept. (Lagebericht.) In Fortsetzung ihrer Angriffe im Abschnitte Cholm überschritten die Polen den Bug und besetzten die Ortschaften Lubomir Horodno und Butmer und erreichten den Ort Samahany. Oestlich Brest-Litowsk wurde Kobryn von den Polen genommen.

Die Sovjetregierung an die Wrangeloffiziere.

Amsterdam, 13. Sept. Den englischen Blättern zufolge hat die russische Regierung einen von Lenin, Trotzki und Brussilow unterzeichneten Appell **an die in der Armee Wrangel stehenden Offiziere** gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, ihre **schmähliche Rolle als Diener der Polen und Franzosen aufzugeben.** Den Offizieren wird vollkommene Amnestie zugesagt, wenn sie in das Sovjetheer eintreten. Zum letzten Mal reicht ihnen die Sovjetregierung die versöhnende Hand entgegen. — Es wird also an das russisch-nationale Gefühl dieser Offiziere appeliert.

England und Sovjetrußland.

London, 13. Sept. Die Blätter bringen Einzelheiten über die dreistündige Unterredung Kamenews mit Lloyd George vor Kamenews Abreise nach Rußland. „Daily Mail" schreibt: Die Unterredung zeichnete sich durch das Fehlen jener Kordialität aus, die die früheren Unterredungen zwischen dem ersten Minister und dem Sovjetdelegierten kennzeichnete. Lloyd George beschuldigte Kamenew tatsächlich einer Anzahl von Vertrauensbrüchen und erklärte ihm, wenn er nicht selbst um seinen Paß gebeten hätte, so würde ihm dieser trotzdem ausgehändigt worden sein. Die politischen Verhandlungen würden nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die britische Regierung davon überzeugt sei, daß die Moskauer Regierung ihre Versuche, sich in die Angelegenheiten Großbritanniens einzumischen, aufgegeben habe. Lloyd George brachte gegen Kamenew vier Anklagen vor: 1) daß er am Verkauf der kaiserlichrussischen Juwelen in England beteiligt sei, 2) daß er Verhandlungen geführt habe betreffend die Unterstützung des extremen sozialistischen Blattes „Daily Herald" mit 75 000 Pfund Sterling, 3) daß er Besprechungen mit der britischen Arbeiterorganisation gehabt habe, die sich Council of Actions nennt, 4) daß Rußland die britische Regierung mit Bezug auf die Klauseln über die Bürgermiliz für den Waffenstillstand mit Polen irregeführt habe. Kamenew stellte alle diese Anklagen kategorisch in Abrede. Krassin wurde ausdrücklich von den Anklagen, die gegen seinen Kollegen gerichtet wurden, ausgenommen und es wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen nicht als abgebrochen betrachtet werden.

Rußland und Finnland.

London, 13. Sept. Die „Times" melden aus Abo, es sei so gut wie sicher, daß der Frieden zwischen Rußland und Finnland innerhalb vierzehn Tagen unterzeichnet werde. Finnland erhalte Petschenga, ohne Gebiete an Rußland abzutreten.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen.

Paris, 13. Sept. Wie Havas aus Warschau meldet, soll Lettland geneigt sein, Polen und Litauen seine Vermittlung anzubieten, um die Regelung der zwischen beiden Ländern entstandenen Schwierigkeiten zu erleichtern.

Warschau, 13. Sept. (Havas.) Die litauische Regierung hat gebeten, daß die französische und die englische Regierung bei den Verhandlungen, die zwischen Polen und Litauen in Kalvarja stattfinden werden, vertreten sind. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Kabinette in London und Paris diesen Vorschlag annehmen werden.

Reibereien zwischen Litauen und Lettland.

Kopenhagen, 13. Sept. „Berlingske Tidende" erfährt aus Kowno: Anläßlich der Ausweisung einer Reihe lettischer Bürger aus Litauen stellte der lettische Außenminister der litauischen Regierung eine Note zu, in der die sofortige Ausarbeitung einer Uebereinkunft verlangt wird, durch die die gegenseitigen Rechte lettischer und litauischer Bürger in beiden Ländern sichergestellt werden. Die litauische Regierung erklärte in ihrer Antwort, daß die Ausweisungen, die nur Letten betroffen hätten, die sich nach dem Jahre 1915 in Litauen niedergelassen haben, sofort eingestellt werden würden in der Voraussetzung, daß Lettland die Ausweisung litauischer Bürger gleichfalls einstelle. Die lettische Regierung wartete jedoch das Eintreffen der Antwort, die binnen 48 Stunden verlangt worden war, nicht ab, sondern befahl allen in Riga und Libau wohnenden Litauen, Lettland zu verlassen. Sogar das litauische Konsulat erhielt einen solchen Befehl. Man nimmt jedoch an, daß diese Maßnahme widerrufen wird, sobald die litauische Antwort eingetroffen ist.

Ausland.

Verschärfung der englischen Arbeiterbewegung.

London, 13. Sept. Wie Reuter meldet, wird die Krise, die der englischen Industrie droht, immer ernster. Neben dem Bergarbeiterstreik und der **Aussicht auf einen Sympathiestreik der Eisenbahner und Transportarbeiter droht eine Krise in der Baumwollindustrie** infolge von Lohndifferenzen. Es wird aber auch von einem Generalstreik gesprochen, der bereits Ende dieser Woche ausbrechen soll. Außerdem steht ein Streik der Elektrizitätsarbeiter von London bevor, die sich mit ihren Kameraden in Nordengland, die gegenwärtig ausgesperrt sind, solidarisch erklären wollen. Weiter wird eine ähnliche Bewegung unter den Postangestellten gemeldet.

Paris, 14. Sept. Wie sich der „Temps" aus London melden läßt, haben gestern in Downingstreet zwischen [illegible] und verschiedenen Kabinettsmitgliedern Besprechungen stattgefunden. Der Premierminister hat **die von den [illegible] Ministerien vorbereitenden Pläne studiert, um im Falle des Generalsstreiks die lebenswichtigen Betriebe aufrechtzuerhalten.** Der Vorschlag, das Parlament zusammenzuberufen, sei nicht ins Auge gefaßt worden. Das Parlament werde erst am 19. Okt. zusammentreten.

Venizelos wütet gegen die Monarchisten.

(WTB.) **Athen**, 13. Sept. Die Zeitungen veröffentlichen den Bericht des Untersuchungsrichters in der Verschwörungsangelegenheit. Der Bericht schließt auf das Bestehen eines weitverzweigten Komplotts, das von Parteigängern des früheren Königs Konstantin in der Schweiz und von gewissen Politikern und Offizieren des alten Regimes in Griechenland vorbereitet wurde. Der Anschlag auf Venizelos sei in einer unter dem Vorsitz des Prinzen Andreas, des Bruders des Königs Konstantin, in St. Moritz abgehaltenen Versammlung beschlossen worden. Anschließend an den Anschlag sollte in Athen eine revolutionäre Bewegung ausbrechen. Der Untersuchungsrichter schlägt die Verweisung an die Gerichte unter der Anklage des Hochverrats vor. Prinz Andreas, Theotokis, Streit und andere Politiker, die gegenwärtig in der Schweiz wohnen und im Dienst des früheren Königs stehen, würden wegen Komplotts angeklagt werden. Etwa 15 Personen, darunter mehrere Abgeordnete und Journalisten, die verhaftet worden waren, wurden gestern freigelassen, da ein genügender Beweis ihrer Schuld nicht vorliegt.

Furchtbare Hungersnot in China.

Amsterdam, 13. Sept. Der Funkspruch aus Anapolis übermittelt ohne Angabe einer Quelle eine Nachricht aus Shanghai, wonach die Chinesen in **den nördlichen Provinzen Chinas ihre Familien vergiften, um sie dadurch vor dem Hungertode zu bewahren. 30 Millionen Menschen würden vom Hungertode bedroht.**

Oberschlesien.

Vor einem neuen Putsch?

Breslau, 13. Sept. Nach Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle soll für die nächsten Tage ein **neuer polnischer Putsch zur Besetzung Rybniks** geplant sein. Die bisher in Rybnik befindliche **italienische Besatzung** ist in allerletzter Zeit **stark vermindert** worden und es besteht die Befürchtung, daß der zurückgebliebene Rest der italienischen Truppen **dem polnischen Angriff nicht gewachsen** sein wird.

Rybnik, 13. Sept. Der Belagerungszustand über Stadt und Kreis Rybnik ist heute aufgehoben worden. Heute Nachmittag wurde ein Beamter der Sicherheitspolizei auf dem Heimweg von der Hoym-Grube durch unbekannte Täter erschossen.

Die Sozialdemokratie gegen die Autonomie.

Beuthen i. O., 13. Sept. Der heute in Hindenburg abgehaltene **Parteitag der S.P.D. Oberschlesiens** faßte eine Entschließung, in der er den Willen des oberschlesischen Proletariats zur Aufrechterhaltung des Friedens in Oberschlesien und zur Sicherung der Neutralität des Landes kundgab, die Breslauer Ausschreitungen aufs schärfste verurteilt und Sicherung einer unbeeinflußten Entscheidung des oberschlesischen Volkes über sein Schicksal forderte. **Der Parteitag lehnte die Autonomie Oberschlesiens ab.** Durch seine wirtschaftlichen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

und kulturellen Bedürfnisse wird das oberschlesische Proletariat zum festen Zusammenschlusse mit der vorwärts- und aufwärtsstrebenden Arbeiterklasse Deutschlands gedrängt.

Vermischtes.

Der Kronprinz will wieder nach Deutschland?

Paris, 13. Sept. Wie „Daily Mail" aus Holland meldet hat der frühere deutsche Kronprinz die niederländische Regierung ersucht, ihn nach Deutschland oder nach einem anderen Ort in Holland zu schaffen. — Es ist zu beachten, daß diese Nachricht vom schlimmsten Hetzblatt gegen Deutschland stammt.

Erzbergers „Erlebnisse im Weltkrieg" erschienen.

Berlin, 14. Sept. Die „Vossische Ztg." bringt Auszüge aus einem jetzt erschienenen Buch Erzbergers über seine Erlebnisse im Weltkrieg. Ueber die Einzelheiten der Darstellung, sagt das Blatt, wird sich ohne Zweifel eine lebhafte Auseinandersetzung entwickeln. Von besonderem politischen Interesse seien die Mitteilungen, die Erzberger über den Abschluß des Waffenstillstands zu machen habe.

Südslawische Gewalttätigkeiten im Kärntner Abstimmungsgebiet.

Klagenfurt, 13. Sept. Wie bestimmt verlautet, weigert sich die südslavische Regierung entschieden, der Forderung der interalliierten Kommission nach Entfernung allen Militärs aus der ersten Zone nachzugeben. **Die Südslaven wollen unbedingt einen Teil des Militärs im Abstimmungsgebiet belassen.** Für die Kommission scheint es kein anderes Mittel zu geben, als mit Hilfe des Militärs der Alliierten den Anordnungen Nachdruck zu verschaffen. An dem terroristischen Treiben an der ersten Zone ist hauptsächlich die südslavische Verwaltung schuld, die von den Beamten bei Androhung sofortiger Entlassung ausgeübt werden muß. Es ist wieder eine Reihe von **empörenden Uebergriffen von südslavischer** Seite bekannt geworden. — Es wird den Alliierten natürlich nicht einfallen, die Südslawen zu entwaffnen, denn es handelt sich doch nur um — Deutsche.

Ein neues schweres Erdbeben in Italien.

Paris, 13. Sept. Die Blätter veröffentlichen die Meldung, daß gestern vormittag die Umgegend von Cassino zwischen Rom und Neapel von einem heftigen Erdbeben betroffen worden ist.

Ein origineller Feuerwehrbericht.

Einen köstlichen Feuerwehrbericht hat vor einiger Zeit der Feuerwehrkommandant einer hessischen Ortschaft an die Behörde erichtet. Der Bericht lautet: Das Feuer entstand durch Irrsinnigkeit des Jakob Nagel, oder weil Kinder zum Viehfüttern verwendet wurden. Es laufen verschiedene Gerüchte im Dorfe herum. Ein Feuerreiter verfehlte den Weg, denn die Landstraße war sehr benebelt. Der Brandgeschädigte konnte keine Löschversuche machen, weil er nicht zu Hause war und kein Wasser hatte. Der zweite Feuerwehrkommandant war nicht anwesend, weil es bei ihm selbst in der Oberstube brannte. Anfangs wurde die Spritze durch die Jauche des Geschädigten gespeist, später erhielt sie der Pflichtfeuerwehr am Hydrophor. Eine Feuerwehr kam bis auf einen halben Kilometer an die Brandstätte heran, dort wurde sie umgekehrt und nach Hause beordert. Als die Feuerwehr von Altenbach erschien, neigte sich der Giebel des Hauses und das Gebäude stand mitten in den Flammen. Vieles Rindvieh lief beständig dem Feuer zu, welches eingesperrt wurde. Gerettet wurde eine Kommode und eine Kuh, welche gestohlen wurde. Der Brandplatz war durch zwei Gendarmen und eine Laterne erleuchtet. Die Dienstmagd des Geschädigten rettete das nackte Leben im bloßen Hemd. Ein Feuerwehrmann wurde durch Stichelflammen am Ohr verletzt, welches über den Helm hinausragte. Der Brand hat gelehrt, daß das Spritzenhaus nicht so weit vom Brandplatz entfernt sein soll. — — —

Deutschland.

Die französische Abtrennungspropaganda.

Berlin, 13. Sept. Der französische Gesandte in München, Dard und die Mitglieder der französischen Militärmission haben vom französischen Ministerpräsidium bestimmte Instruktionen zur Organisierung von **Propagandazentren** im bayerischen Hochadel erhalten. Aber auch außerhalb Münchens, in Franken und in der Pfalz, werden durch die französische Mission Propagandisten angeworben. Der Gesamtplan geht dahin, **aus Bayern mit Franken, der Pfalz, den Rheinlanden und Luxemburg einen unabhängigen Föderativstaat zu bilden**, der unter französischen Schutz gestellt werden soll. Dard, der ein sehr gesprächiger Herr ist, behauptet, bereits in maßgebenden Kreisen mit seinen Plänen Eingang gefunden zu haben, und in der Frage der Einwohnerwehren werden ihm angeblich von beiden Seiten die Türen eingerannt. Aber seine Absichten gehen offenbar auch Dr. Heim, Zahnbrecher und Schlittenbauer zu weit. Immerhin ist die Tätigkeit der Franzosen in Bayern so intensiv geworden, daß, wie verlautet, nun auch die Italiener eine Vertretung nach München schicken wollen, um die Tätigkeit Dards, die sie mit großem Unbehagen verfolgen, aus der Nähe beobachten zu können.

Gegen französische Verleumdungen.

(WTB.) **Berlin**, 13. Sept. Gegenüber den Behauptungen des „Petit Parisien", daß Deutschland, obgleich es 40 000 Mann Militär in Ostpreußen habe, die nach Ostpreußen übergetretenen Russen nicht genügend bewache, ihren Verkehr auf russischem und litauischem Gebiet und ihren Waffenverkauf an die Zivilbevölkerung nicht hindere und daß Deutschland noch eine Militärmacht von 200 000 Mann unterhalte, die wohl kaum bis zum 1. Oktober auf die vertragsmäßige Stärke von 150 000 Mann herabgesetzt werde, wird festgestellt, daß die Ueberwachung und der Abtransport der Russen ordnungsmäßig erfolgt, daß die Stärke der deutschen Militärmacht in Ostpreussen nur 15 000 Mann beträgt und daß am 1. August 1920 der Gesamtbestand der deutschen Reichswehr nur 184 000 Mann betrug. Diese Zahlen sind inzwischen weiter gesunken. Bis zum 1. Oktober wird die Herabminderung des Heeres auf 150 000 Mann erfolgt sein.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amtliches.

Zweite Ausführungsbestimmung zu dem Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung v. 7. August 1920. (RGBl. S. 1553).

Vom 4. September 1920.

Auf Grund des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (RGBl. S. 1553) wird mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirats verordnet, was folgt:

Artikel 1. Die erste Ausführungsbestimmung zu dem Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (RGBl. S. 1553) vom 22. August 1920 (RGBl. S. 1595) wird wie folgt geändert:

1. 1. § 1 Ziffer e erhält folgende Fassung: **Armeerevolver und Armeepistolen.**
2. In § 2 tritt als Ziffer g hinzu: bei Armeepistolen: **Gleitschiene und Lauf.**

Artikel 2. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. September 1920.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Dr. Peters.

Dritte Ausführungsbestimmung zu dem Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung v. 7. August 1920 (RGBl. S. 1553).

Vom 5. September 1920.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (RGBl. S. 1553) wird zur Verhütung von Waffenschiebungen mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirats verordnet was folgt:

§ 1. Jede Art der Beförderung von Militärwaffen, wesentlichen Teilen von Militärwaffen und von Munition auf der Eisenbahn, mit der Post, auf Schiffen, auf Kraftfahrzeugen und sonstigen Fuhrwerken sowie auf Luftfahrzeugen ist verboten. Das Verbot gilt nicht für die auf Grund des Friedensvertrags für die interalliierten Truppen zu befördernden, als solche gekennzeichneten Ersatz-, Nachschub- und Abschubtransporte.

§ 2. Von dem Beförderungsverbot des § 1 Satz 1 sind ausgenommen:

1. Waffen- und Munitionstransporte, deren Inhalt nach dem Friedensvertrag an die alliierten Mächte auszuliefern ist;
2. Waffen- und Munitionstransporte, deren Inhalt zwecks Durchführung des Friedensvertrags und zwecks Erfüllung der in dem Abkommen von Spa übernommenen Verpflichtungen zur Ablieferung an Sammelstellen oder zur Zerlegung und Verschrottung bestimmt ist.

Die Transporte sind als solche zu kennzeichnen.

§ 3. Von dem Beförderungsverbote sind ferner ausgenommen Waffen- und Munitionstransporte, die für die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufs mit Waffen versehene Beamtenschaft bestimmt sind, sofern für sie in jedem Einzelfall eine Genehmigung erteilt ist. Die Genehmigung wird bei Transporten für die Reichswehr durch das Reichswehrministerium, bei Transporten für die Beamtenschaft durch die Zentralpolizeibehörden der Länder erteilt.

Bei Transporten, für die Begleitpapiere ausgestellt werden, ist die Genehmigung auch auf den Begleitpapieren zu vermerken und zu beglaubigen; bei sonstigen Transporten hat der Transportführer eine Ausfertigung der Genehmigung bei sich zu führen und dem zuständigen Beamten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 4. Diese Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. September 1920.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Dr. Peters.

Die vorstehenden Bestimmungen werden zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Oberamt:

Calw, 10. Sept. 1920. Amtmann Bögel, A.-V.

Zur Frage der Erweiterung der Reichsregierung durch die Sozialdemokratie.

Berlin, 14. Sept. Der „Vorwärts" hält es für die sozialdemokratische Partei für notwendig, in dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium Richtlinien zu schaffen, die für weiteres Vorgehen maßgebend sind. Es sei jetzt keine Zeit, sich über graue Theorien auseinanderzusetzen, es gelte praktische Arbeit zu leisten und sich darüber klar zu werden, was gegenwärtig durchzusetzen sei, sowie auch darüber, unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie **bei einer möglichen Kabinettskrisis an der Bildung einer neuen Regierung teilzunehmen** in der Lage se..

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI CALW

Anfertigung von Zeitschriften, Werken, Prospekten, Katalogen usw.

Zu der Bemerkung eines demokratischen Blattes, daß man auf allen Seiten möglichst rasch Klarheit gewinnen möchte, meint die „Germania", das treffe zu, aber erst müsse der Verlauf der sozialistischen Parteitage in Kassel und Halle abgewartet werden.

Heldengedenktag in München.

(WTB.) **München**, 13. Sept. Der gestrige Sonntag war für München ein Tag der Trauer und des wehmütigen Gedenkens an die Münchener im Weltkrieg gefallenen **13 000** Heldensöhne. Der Bayer. Kriegerbund (Bez. München), die Regimentsvereinigungen, sowie Studentenverbände hatten eine große würdige Trauerfeier veranstaltet, an der sich 90 Vereine mit rund 30 000 Mitgliedern beteiligten. Um 9 Uhr vormittags sammelten sich die Teilnehmer im Hofgarten und marschierten von da zur Kirche. An dem Zug nahmen viele Generäle, darunter Ludendorff und Xylander, teil. Die Katholiken zogen zum Dom und zur Michaeliskirche. Im Dom hatte sich Oberst Epp mit seinem Stab, das Staatsministerium, der Bürgermeister von München, sowie eine Reihe von Prinzen eingefunden. Nach dem Gottesdienst zogen die Vereine zum Friedensdenkmal, wo eine Trauerfeier stattfand und Kränze niedergelegt wurden.

Rückzahlung der deutschen Schulden an die Schweiz.

Deutschland wird demnächst auch mit der Rückzahlung des von seiten der Schweiz gegen deutsche Kohlenlieferungen während des Krieges eingeräumten Kredits in monatlichen Raten beginnen. Vom gesamten Kredit von 155,2 Millionen Franken sind Anfang August bereits 22,2 Millionen Franken abgetragen worden.

Der Generalstreik und die Sozialdemokratie.

Nachdem der so jäh vom Zaune gebrochene Generalstreik auch in Calw verschiedene Gemüter in Erregung gebracht hatte, sah sich die Leitung der Sozialdemokratischen Partei veranlaßt, auch hier am Ort eine öffentliche Aussprache herbeizuführen, um den Mißerfolg nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu beleuchten, und die Lehren daraus zu ziehen. Herr Rob. Störr eröffnete die Versammlung und ging in kurzen Worten auf die Ereignisse der letzten Wochen ein. Der Referent des Abends, Herr Roßmann, Direktor des württ. Versorgungsamts bezeichnete den Streik als **eine schwere Niederlage für die arbeitende Klasse.** Kurz einen Vergleich ziehend über die Bedeutung des Generalstreiks in früheren Zeiten, die ganze Umwälzung der Zeiten und Verhältnisse geißelte der Referent in scharfen Worten die **unverantwortliche Hetze der linksradikalen „Maulhelden".** Als ganz besonders kurzsichtige Handlungsweise bezeichnete er die **Außerachtlassung der wirtschaftlichen Lage,** und betonte noch scharf dabei, wie durch derartige Gewaltstreiche dem Unternehmertum das Wasser auf die Mühle getrieben werde. Denn nicht vergessen dürfe man die täglich zunehmende Arbeitslosigkeit, welche z. Zt. 450 000 Personen betreffe. Aber trotz aller Warnungen hätten es sich die linksradikalen Führer der USPD. sowie der KPD. nicht nehmen lassen, die arbeitende Klasse systematisch zu verhetzen, um ihr Ziel zu erreichen. Und daß die Zeiten für derartige Hetzereien günstig sind, liegt eben in den Verhältnissen, welche uns der 4½jährige Krieg und dessen Ende bereitet haben. **Es wäre nur zu wünschen, daß die Arbeiterschaft sich endlich einmal eines Besseren besinne,** und aus derartigen Ereignissen auch die richtige Lehre ziehe. Wenn auch die Steuerfrage als Kampfobjekt in den Vordergrund gestellt worden sei, so sei das offenbar nur Mittel zum Zweck gewesen. Daß die Verweigerung des Steuerabzugs eine billige Agitationsphrase sei, darüber waren sich die radikalen Führer klar, nicht aber über die Konsequenz ihrer Handlungsweise. Es müsse ja betont werden, und zwar mit Recht, daß man immer wieder zuerst die Besitzlosen faßte, und auch noch gleich so hart. In dieser Beziehung könne man der Reichsregierung den Vorwurf der Einseitigkeit nicht ersparen. Hätte man auch schon etwas davon bemerkt, daß die vielgepriesenen Besitzsteuern zur Durchführung gebracht worden seien, dann wäre die Empörung in der arbeitenden Klasse bei weitem nicht so groß. Daß ja die sozialdemokratische Partei von jeher bei jeder Gelegenheit für direkte Steuern eingetreten ist, im Gegensatz zu dem System der indirekten Steuern darüber sei das Volk noch nie im unklaren gelassen worden, denn man wolle grundsätzlich erreichen, daß das Volk auch merkt, wieviel es Steuern bezahlen müsse. Einig war man sich auch darüber, daß die Art und Weise, mit welcher die Regierung gemeinsam mit den Kapitalisten die Arbeiter und Angestellten niederkämpfen wolle, zu verwerfen sei. Wenn auch die Regierung dem Volk entgegenhalte, ja wir waren genötigt, so müsse dem entgegengehalten werden, daß für das unverantwortliche Verhalten einiger Hundert revolutionären Vertrauensleute nicht Tausende Unschuldige mit aufs Pflaster zu werfen sind, denn derartige Handlungen seien wenig geeignet, das Vertrauen zur Regierung zu stärken. Das Unternehmertum habe auch die rechtliche Frage ganz außer acht gelassen, worüber ja noch zu entscheiden sein werde.

Der Referent ging nun auf die Bedingungen ein, unter welchen die Arbeit wieder aufgenommen wurde (mit Ausnahme von Daimler). Er bezeichnete die Bedingungen, welche anerkannt werden mußten, als eine schwere finanzielle und moralische Niederlage, welche einzig und allein nur aufs Konto der Hetzer zu schreiben sei und denselben auch nicht oft genug vorgehalten werden könne. Wenn auch die letztgenannten Kreise sich jetzt nicht genug tun können, in punkto Schimpfen auf die Sozialdemokratische Partei und dieselbe als Sündenbock hinstellen wollen, so müsse dem doch entgegengehalten werden, daß man auch diesmal wieder in höchster Gefahr froh war an den verrufenen Gewerkschafts-„Bonzen"; denn

um den Karren aus dem Schlamm herauszuziehen und zu retten, was noch zu retten war, dazu seien die zuvor in Kot und Dreck herumgezogenen erprobten Führer immer wieder gut genug. Redner ging noch kurz auf die verschiedenen Richtungen der sozialdemokratischen Parteien ein, und beleuchtete auch in dieser Beziehung die Ereignisse der letzten Zeit, besonders darauf hinweisend, daß es wohl keiner der radikalen Parteien möglich sein werde, aus einem bankerotten Staat im Handumdrehen ein Himmelreich zu machen. Der Referent forderte alle Anwesenden auf, bei jeder Gelegenheit aufklärend zu wirken; denn die politischen Kämpfe der kommenden Zeit werden wohl die Entscheidung für die arbeitende Klasse bringen müssen, ob wir ein „Paradies" nach Moskauer Muster oder Rückkehr zur Demokratie wollen.

In der anschließenden Diskussion ging Herr May als Vertreter des Gewerkschaftsausschusses des Näheren auf die örtlichen Vorgänge vor und während des Generalstreiks ein, ganz besonders dabei hervorhebend, daß die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften jederzeit bemüht gewesen seien, ihre Mitglieder auf dem Laufenden zu halten. Zur verurteilen sei aber auch hier das Verhalten einzelner Überradikaler, welche sich nicht genug tun können darin, die Kollegen, welche bis zur Stunde ihr Bestes und Möglichstes für die Arbeiterschaft getan hätten, zu beschimpfen und zu verleumden. Es sei leicht zu schimpfen und zu kritisieren, aber selbst Hand ans Werk zu legen und praktische Arbeit zu leisten, davon seien diese Kreise noch weit entfernt. Bei dieser Gelegenheit gab Herr May noch das Resultat der Urabstimmung in den hauptsächlichsten Betrieben bekannt, wobei 437 gegen und 60 für den Generalstreik waren. Herr Hörnle betonte in seinen Ausführungen, daß Steuerfragen keine lokale Fragen seien, sondern Machtfragen. Und darüber hätten auch die Wortführer der Linksradikalen sich bewußt sein sollen. Im allgemeinen war Herr Hörnle mit den Ausführungen des Referenten einig, und kritisierte noch besonders den ungünstigen Zeitpunkt des Generalstreiks. — Nachdem sich niemand mehr zum Wort gemeldet hatte, wünschte der Referent in seinem Schlußwort absolut kein Mißverständnis über den Generalstreik. Es können Zeiten kommen, wo der Generalstreik als letztes Mittel unabwendbar sei und forderte noch auf zur Besonnenheit, und zum Vertrauen in die bewährten Führer. Hierauf schloß Herr Rob. Störr die Versammlung, mit welcher die Soz. Partei zur Aufklärung über eine prinzipielle Frage Gelegenheit gegeben habe. Wenn auch der Besuch nur als mäßig zu bezeichnen sei, so sei dabei festzustellen, daß der übergroße Teil der Besucher aus dem besonnenen Teil der Arbeiter bestanden habe, entgegen dem Versammlungsbesuch der beiden letzten öffentlichen Versammlungen der K. P. D. und der U. S. P. D.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. September 1920.

Eine Lautenserenade

für die **Kranken des hiesigen Bezirkskrankenhauses** veranstalteten hiesige Musikfreunde unter Leitung von Buchhändler Olpp am letzten Sonntag, die sich durch reiche Mannigfaltigkeit auszeichnete und speziell für den Kreis der Zuhörer ausgewählt war. Der Leiter der Veranstaltung, der die Musik der Laute in hervorragender Weise pflegt und viele Musikfreunde für dieses Instrument zu begeistern gewußt hat, hatte mit seinen Mitspielern dankbare Zuhörer, als er seine Kunst wiederum in den Dienst der Nächstenliebe stellte. — Die Darbietungen selbst waren sehr gut vorbereitet und von einheitlicher Wirkung. Gerade das Eigenartige der Guitarre, dieses edlen Saiteninstruments, das so lange stiefmütterlich behandelt wurde, kam beim flotten Zusammenspiel mit Geige und Mandoline bei der Begleitung der Lieder zur vollen Geltung. Ein sinniger Prolog, verfaßt vom Veranstalter und durch dessen Töchterlein vorgetragen, eröffnete die Reihenfolge, dem „Sonntag ists" folgte. Das alte Volkslied von J. Thümmel aus dem Jahre 1790 „Den lieben langen Tag hab ich nur Schmerz und Plag" wird den Kranken wohl aus der Seele geklungen haben. Einige weitere Volkslieder und zwei geistliche Lieder vervollständigten das Programm, das bei schönstem Herbstwetter von 11—12 Uhr im Garten des Bezirkskrankenhauses abgewickelt wurde. Die ganze Veranstaltung war durchaus gelungen und wurde von der äußerst zahlreichen Zuhörerschaft dankbar aufgenommen.

Nichtbeachtung des Backverbots.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Seit einiger Zeit kann beobachtet werden, daß die bestehenden Vorschriften über die Herstellung von Backwaren nicht mehr eingehalten werden. Trotzdem z. B. die Herstellung von Kleinbroten jeder Art, insbesondere auch von Bretzeln, nach wie vor verboten ist, werden derartige aus Weißmehl hergestellte Kleinbrote mehr und mehr in den Verkehr gebracht. Unsere Ernährungslage gestattet aber im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts weniger als derartige Abweichungen von Bestimmungen, die im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Brot getroffen sind. Die beteiligten Behörden sind daher angewiesen, gegen derartige Verfehlungen nachdrücklich einzuschreiten.

Neue 40 Pfennig-Marken.

(SCB.) Seit einigen Tagen geben die Postämter des Landes neue 40-Pfennig-Marken in roter Farbe in den Verkehr. Sie haben die Farbe der bisherigen 10-Pfennig-Marken, weil nach den Abmachungen des Weltpostvereins die Werte für einfaches Briefporto in roter Farbe ausgeführt sein müssen. Seit etwa 8 Tagen sind auch orangegelbe 10-Pfg.-Marken und braune 5-Pfg.Marken im Verkehr.

Württ. Landeswohnungs-Verein.

Die 4. Hauptversammlung des Württ. Landeswohnungsvereins in Stuttgart unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. v. Fleischhauer, ließ nach dem vom Geschäftsführer, Baurat Daser, erstatteten Bericht erkennen, daß die Wohnungsnot von den Städten auch auf das Land übergegriffen hat und daß die Beihilfe der Reichsregierung mit 650 Millionen ganz unzureichend ist. Der Verein hat fleißig gearbeitet und seine Mitgliederzahl fast verdreifacht. Spitalbaumeister Marquardt hielt einen Vortrag über die Möglichkeit des Baues von Wohnungen in der gegenwärtigen Zeit. Auch Dr. v. Fleischhauer hatte die fortschreitende Verschlechterung unseres Wohnungswesens hervorgehoben. Marquardt forderte vor allem eine Stabilisierung der Materialpreise und Arbeitslöhne, ferner eine allmähliche Preissenkung, besonders durch genossenschaftlichen Bau und gesteigerte Arbeitsleistung, Vereinfachung in der Bauweise und Naturalzuschüsse. Vor dem Krieg konnte man ein Haus mit vier Zimmern schon um 7000 M bauen; jetzt kostet eine Dreizimmerwohnung ohne Bauplatz ungefähr 120 000 M!

Es ist nicht notwendig, den jeweiligen Vierteljahrswechsel abzuwarten um das Calwer Tagblatt dann zu bestellen, nein, täglich nehmen unsere Austräger, unsere Geschäftsstelle, die Postämter und Poststellen im Bezirk Bestellungen auf unsere Zeitung entgegen!

Wieder Münze statt Papier.

Augenblicklich herrscht in den staatlichen Münzstätten die angespannteste Tätigkeit. Zur Behebung des Kleingeldmangels, der auch jetzt noch immer sehr groß ist, werden in den staatl. Münzen gegenwärtig nicht weniger als etwa 200 000 Millionen Aluminiummünzen ausgeprägt. Der Plan, Porzellangeld einzuführen, ist fallen gelassen worden. Dagegen sind Ein- und Zweimarkstücke in Sicht. Gegen Weihnachten sollen die Legierungsversuche für 1- und 2-M-Stücke abgeschlossen sein und mit der Ausprägung kann dann begonnen werden. Die Beratungen über die Ausprägung eines 5-M-Stückes sind noch nicht abgeschlossen. Edelmetall kommt auch bei diesen Münzen nicht in Betracht. So besteht die Aussicht, daß in absehbarer Zeit die zerrissenen und beschmutzten Papierscheine aus unserer Geldtasche verschwinden und der Geldbeutel wieder zu Ehren kommt.

Postpaketverkehr.

Um dem Publikum auch die Versendung von Paketen mit erheblichem Werte zu erleichtern, hat die Postverwaltung in Aussicht genommen, ab 20. September Pakete mit Wertangabe bis 500 Mark unversiegelt zur Beförderung anzunehmen. Bei der Versendung solcher Pakete ist besonders zu beachten: Der Wert oder der Vermerk „Einschreiben" darf nicht mehr auf der Sendung, sondern nur auf der Paketkarte angegeben sein. Der Absender hat diese Pakete gut verpackt und verschlossen, aber „nicht versiegelt" aufzuliefern, denn dadurch, daß die Pakete nicht durch Siegelverschluß usw. auffallen und keinen Vermerk über Wertangabe oder Einschreibung tragen, werden dieselben dem Diebstahl besser entzogen. Bei der Auflieferung erhält der Absender eine Bescheinigung wie seither für Pakete bis 100 Mark. Die Post haftet für die Sendungen in der bisherigen Weise Am Bestimmungsorte werden diese Pakete dem Empfangsberechtigten gegen Bescheinigung ausgehändigt. In den Bestimmungen über die Versendung von Paketen mit Wertangabe von 500—3000 Mark, über 3000 Mk. und nach dem Ausland treten keine Aenderungen für das Publikum ein. Zur Sicherung vor Diebstahl und Beraubung hat die Postverwaltung neuerdings weitere Vorkehrungen getroffen.

Postlagernde Sendungen.

In der Bevölkerung ist es noch wenig bekannt, daß seit der letzten Neuregelung der Postgebühren eine Zuschlaggebühr von 10 Pfennig für postlagernde Sendungen eingeführt ist. Die Gebühr ist bei allen Sendungen zu entrichten, die den Vermerk „postlagernd" tragen, also auch bei Einschreibsendungen, Postanweisungen, Paketen usw. und zwar zusammen mit der Freigebühr.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Wildbestand.

Wie von verschiedenen erfahrenen Jägern mitgeteilt wird, ist die Maul- und Klauenseuche so stark verbreitet, daß sie sich sogar unter den Rehen ausgedehnt hat.

Teuerste und billigste Gemeinden Württembergs.

Das Stat. Landesamt in Stuttgart gibt in seinen Mitteilungen wieder Teuerungszahlen für die Gemeinden mit über 5000 Einwohnern bekannt. Diese Zahlen zeigen erhebliche Schwankungen in der Reihenfolge wie in den einzelnen Berichtsmonaten, was zum Wechsel in der Art und Höhe der von den Kommunen rationiert ausgegebenen Waren zurückzuführen ist. Die teuersten Städte waren nach dieser Statistik im Februar Kirchheim, im März Wangen i. A., im April Kirchheim, im Mai Vaihingen a. F., und im Juni Freudenstadt. Die billigsten Orte waren in den gleichen Monaten Laupheim (Febr. und März), Saulgau und Bietigheim (Mai und Juni). Auffallend ist, daß keine der größeren Städte Württembergs unter den teuersten Orten erscheint. Auch nicht Stuttgart. Es würde aber an die Spitze treten, wenn auf der einen Seite Freizügigkeit, auf der anderen keine Mieteinigungsämter bestehen würden. Die Teuerungszahlen zeigen auch, daß die Kosten für die hier einbezogenen Warenmengen sich vom Dezember 1919 bis Mai 1920 mehr als verdoppelt und bis Juni 1920 wiederum 17 Punkte gestiegen sind. Bei den kleineren Gemeinden ist die Teuerung etwas langsamer fortgeschritten.

Reichsnotopfer- und Besitzsteuerabgabe.

Wie wir erfahren, werden in diesen Tagen die Steuererklärungsformulare zum Reichsnotopfer und zur Besitzsteuer ausgegeben. Wenn auch jedem zu raten ist, sich mit dem Inhalt der Formulare und der beiliegenden Anweisung gründlich vertraut zu machen und namentlich in verwickelteren Fällen die Vorbereitungen zur Feststellung des Vermögens nicht lange hinauszuschieben, so empfieht es sich doch, mit der Abgabe der Steuererklärungen noch etwas zuzuwarten, da voraussichtlich noch weitere erläuternde Bestimmungen zu erwarten sind. Wie aus den im gestrigen Anzeigenteil veröffentlichten Aufforderungen ersichtlich, ist für beide Erklärungen noch Zeit bis zum 16. Oktober. Ob die Abgabe der Notopfer- und Besitzsteuererklärungen auch wieder wie bei den Vermögenszuwachssteuererklärungen protokollarisch bei den Schultheißenämtern erfolgen kann, ist uns noch nicht bekannt.

Zum Steuerabzug der Hausangestellten.

Der Abg. Bazille hat folgende Anfrage an die Staatsregierung gestellt: Die Bestimmungen über den Steuerabzug der Hausangestellten sind in weitesten Kreisen nur ungenügend bekannt. Ist die Staatsregierung bereit, eine zusammenfassende, erschöpfende und übersichtliche gemeinverständliche Belehrung über alle Vorschriften, die die Beteiligten wissen müssen, durch die Presse bekannt zu machen?

Aufruf der Christlichen Gewerkschaften Süddeutschlands.

(SCB.) **Stuttgart**, 10. Sept. Die Christl. Gewerkschaften Württembergs, Badens, Hohenzollerns und der Pfalz hielten letzter Tage hier eine Vertreterkonferenz, die sich mit verschiedenen Fragen befaßte. Sie erläßt nachfolgenden Aufruf: „Arbeiter und Angestellte. Außerordentlich schwere Aufgaben sind der deutschen Arbeiterschaft gestellt. Ein verlorener Krieg liegt hinter uns. Vor einer fast völlig zerrütteten Wirtschaft steht das deutsche Volk. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit droht immer mehr Elend und Siechtum in erschreckender Weise in weite Volkskreise hineinzutragen. Die zersetzenden revolutionären Erschütterungen wollen kein Ende nehmen. Das hierunter schwer leidende Volk kommt nicht zur Ruhe. Gewissenlose Kräfte sind ständig am Werke, um fanatischer politischer Pläne willen den Zustand dauernder Beunruhigung zu erhalten. Das gewerbliche Leben kann nicht gesunden, neue wirtschaftliche Schwierigkeiten als Folge erneuter Valutaspekulationen und damit weitere Teuerungen aller Lebensmöglichkeiten stehen bevor und vollenden den Verarmungsprozeß des schaffenden Volkes. Aus diesem Jammer müssen wir heraus! Arbeiter und Angestellte! Alle Kräfte sind zusammenzufassen zu entschlossener Tat. Erkennen wir, daß Ruhe und Ordnung im Innern die Voraussetzungen sind zu neuem Aufstieg. Revolutionäre Putsche, wie der letzte Generalstreik in Württemberg, sind für die Zukunft mit allen Mitteln zu verhindern. Politischer Streik ist wirtschaftlicher Stillstand! Produktion ist wirtschaftliche Bewegung. Produktion ist fleißiges Händeregen und Einsetzen aller körperlichen und geistigen Kräfte. Beides verlangt das allgemeine Wohl des deutschen Volkes. Auf dem Wege sozialer Reformen, die revolutionäre Tendenzen verhindern, erstreben wir als christlich-soziale Bewegung, tatkräftige Hemmung und Bessergestaltung der Lebenshaltung. Die Grundlage des Privateigentums verwerfen wir nicht, weil wir darin eine Vermehrung der Produktion erblicken, was den Bedürfnissen eines aufstrebenden Volkstums und des gesellschaftlichen Lebens der Nation entspricht. Volle Freiheit für die genossenschaftliche Selbsthilfe wollen wir auch für die Zukunft gesichert wissen. Nicht Klassenkampf und Verhetzung der Stände untereinander ist unser Programm, sondern entschiedenes Eintreten im Sinne sozialer Gerechtigkeit unter Wahrung der Interessen aller Stände. Kollegen und Kolleginnen! Die Vertreterkonferenz der Christl. Gewerkschaften Süddeutschlands richtet an die Mitglieder der christl. Arbeiter- und Angestelltenbewegung die Aufforderung, erhöhte Anteilnahme und damit Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse in Staat und Wirtschaft zu nehmen. Die Stärkung der christl. Arbeiterbewegung nach innen und außen ist eine wichtige Pflicht, das Gebot der Stunde. Auf zur entschlossenen Tat! Es lebe die Christlich-nationale Arbeiter- und Gewerschaftsbewegung. Auf zur Arbeit für Familie, Gemeinde, Staat, Reich, für die Zukunft, für Volk und Vaterland!

Aussperrung der Modellschreiner Stuttgarts.

(SCB.) **Stuttgart**, 14. Sept. Die **Modellschreiner einer Reihe von Firmen hier**, in Cannstatt, Feuerbach und Eßlingen wurden von den Arbeitgebern ausgesperrt, weil sie auf die vom Schlichtungsausschuß am 8. Juli ds. Js. zugebilligten Teuerungszulagen und entsprechende Nachzahlung nicht verzichten wollten. Die Arbeitgeber verlangten die Unterschrift eines Reverses, in dem die Bereitwilligkeit ausgesprochen war, zu den alten Löhnen weiter zu arbeiten und daß mit der Arbeitsaufnahme nach dem Generalstreik ein neues Arbeitsverhältnis beginne. Dies lehnten die Modellschreiner ab, worauf sie ausgesperrt wurden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Nachklänge zum Generalstreik.

(SCB.) **Stuttgart**, 13. Sept. Der Vorschlag des Schlichtungsausschusses im Falle Daimler betr. die Bildung einer Kommission unter Beiziehung von vier Vertretern des Arbeiterrats ist ohne weitere Verhandlungen von beiden Parteien anerkannt worden. Damit ist der Weg frei zu Verhandlungen bezw. Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Betriebs. Die Betriebsleitung will bekanntlich aber nur noch die Hälfte der bisherigen Arbeiterschaft, etwa 4000 Mann, wieder einstellen. Die Aussuche dieser bleibt den Besprechungen der nun gebildeten Kommission übrig.

(SCB.) **Stuttgart**, 13. Sept. Im Arbeitsministerium findet morgen vor einem Schiedsgericht, das aus zwei Arbeitgebern und aus zwei Arbeitervertretern und einem Vertreter der Regierung zusammengesetzt ist, die Verhandlung über die bei Bosch und der Maschinenfabrik Eßlingen nicht wiedereingestellten Arbeiter statt.

*

* **Pforzheim**, 13. Sept. Im Schaufenster von J. Hiltner in der Bahnhofstraße ist gegenwärtig ein von dem bekannten Tierpräparatoren Matschhofer (Pforzheim) meisterhaft ausgestopfter Wildeber ausgestellt, der die Aufmerksamkeit aller Vorübergehenden erregt. Man traut seinen Augen nicht, wenn man auf einem Zettel liest, daß dieser unheimliche Bursche in Pforzheims Nachbarschaft (auf Gemarkung Ersingen) erlegt worden ist. Und doch ist dem so. Seit dem Schluß des Krieges sind in den umliegenden Wäldern mehrfach Wildschweine beobachtet worden, die offenbar beim Truppenrückzug aus den Vogesen über den Rhein gekommen sind. Man schätzte die Zahl dieser ungebetenen Gäste in der Pforzheimer weiteren Umgegend auf etwa 30. Im vorigen Frühjahr fanden Treibjagden auf Wildschweine statt, bei denen außer mehreren Jungtieren auch einige schwere Stücke erlegt wurden. Das größte der Tiere, das von dem Jagdhüter Weber in Brötzingen geschossen wurde, war der oben erwähnte Eber mit etwa 3 Ztr. Gewicht. Im ausgestopften Zustande ist er nun für das Pforzheimer Schützenhaus bestimmt. Den Sommer über hat man von Wildschweinen nichts gehört. Sie haben sich offenbar weiter in die Waldungen hinein zurückgezogen.

(SCB.) **Stuttgart**, 13. Sept. Die Jugosi wurde geschlossen. Sie brachte einen vollen Erfolg. Die ersten Häuser der Edelmetallindustrie waren auf der Messe vertreten. Die Zahl der Aussteller betrug über 240. Die Einkäufer kamen aus der ganzen Welt. Die Kauflust war freilich nicht so groß wie auf der ersten Edelmesse im Herbst v. Js. Ein ruhiges, sachliches Erwägen beim Einkauf hat Platz gegriffen. Die Käufer waren von den Ausstellungsgegenständen hoch befriedigt. Das deutsche Kunst- und Edelmetallgewerbe steht auf voller Höhe seiner Leistungsfähigkeit. Große Verkaufsabschlüsse wurden namentlich nach Südamerika getätigt.

(SCB.) **Stuttgart**, 13. Sept. Die Bosch-A.-G. veröffentlicht jetzt eine Darstellung darüber, auf welche gewalttätige Weise die Boscharbeiter die Forderung der Rückzahlung des Steuerabzugs durchsetzten. Es herrschte auch in den Boschwerken, sowohl in Stuttgart als auch in Feuerbach schlimmster Terror. Die Vorstandsmitglieder wurden durch die drohende Haltung der Arbeiter wiederholt an Leib und Leben gefährdet. Während die Mitglieder des Arbeiterrats mit dem Vorstand verhandelten, erschienen Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen im Vorzimmer und auf den Treppen und mischten sich in die Verhandlungen. Die Arbeitervertreter erklärten dabei, daß sie keine Verantwortung übernehmen könnten, wenn die aufgestellten Forderungen nicht erfüllt würden.

(SCB.) **Backnang**, 11. Sept. Aus seuchenpolizeilichen Gründen wird der Krämermarkt am nächsten Mittwoch nicht abgehalten. Im benachbarten Steinbach hat die furchtbare Seuche schon über **70 Stück Vieh dahingerafft.**

(SCB.) **Reutlingen**, 11. Sept. Zur Uebernahme der laut Friedensvertrag **herzustellenden und abzuliefernden hohen zweirädrigen Landwirtschaftswagen** war von der Ententeabnahmekommission ein französischer Offizier mit seinem Dolmetscher hier. Abgenommen wurden hier 5, in Pfullingen 4, in Unterhausen 2, ferner in Metzingen 2, in Urach 10 und in Tübingen 15 Wagen.

(SCB.) **Plüderhausen**, 13. Sept. Wie glaubwürdig versichert wird, war der Stand des Hochwassers neulich noch um 15 cm höher als im Dezember 1919. Einem hiesigen Einwohner lief das Wasser in den Stall und stieg so rasch, daß ihm schließlich nichts anderes übrig blieb, als seine Kuh in die höher gelegene Wohnstube zu verbringen. Wie wohl er daran tat, zeigte sich um Mitternacht, als die Kuh ein gesundes Kalb zur Welt brachte.

(SCB.) **Ulm**, 13. Sept. Das Stadtschultheißenamt erläßt einen Aufruf zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Es heißt darin: Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nimmt täglich zu. Besonders haben auch die Arbeiter des Handwerks darunter zu leiden. Wenn die Einwohnerschaft mithilft, kann der Not gesteuert werden. Viele haben dringende Ausbesserungsarbeiten am Aeußern und im Innern der Gebäude lange Zeit zurückgestellt. Man entschließe sich, sie jetzt zur Ausführung bringen zu lassen und gewähre so dem Baugewerbe, dem Handwerk und den Arbeitern die dringend nötige Beschäftigungsgelegenheit. — (Der Aufruf verdient auch anderweitig volle Beachtung.)

(SCB.) **Münsingen**, 13. Sept. Auf dem hiesigen Bahnhof sind ca. 20 Ztr. Brotgetreide und Gerste beschlagnahmt worden, die von zwei Pfullinger Metzgern auf Station Mehrstetten in einen Viehwagen heimlich verladen worden sind und nach Pfullingen verschoben werden sollten.

Mutmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.

Die Störung nimmt weiter zu und bringt den Hochdruck allmählich zur Auflösung. Am Mittwoch und Donnerstag ist zunehmend bewölktes und unbeständiges Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

VOLKSSCHRIFTEN-VERLAG CALW.

Das Urteil der Vernunft

von

Otto Seltmann.

Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und gesetzmässige Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens.

568 Seiten, geheft. **28 Mk.**, elegant gebund. **35 Mk.** (Verkaufspreise).

Aus dem Inhalt: Das geistige und seelische Leben des Tieres :: Die Menschwerdung :: Das menschliche Geistes- und Seelenleben :: Das Rechtsbewusstsein Die Religion :: Die Charakterbildung :: Massenpsyche und Fortpflanzungstrieb :: Psychologie des Wirtschaftslebens :: Der soziale Gedanke :: Die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands :: Zur Psychologie des Weltkrieges.

Erhältlich in den Buchhandlungen, wo nicht, direkt vom Verlag.

80 Zentimeter breite weiße
Baumwolltücher
per Meter Mk. 14.—, 16.—, 17.—
empfiehlt
Paul Käuchle, vorm. J. Steudle, Calw am Markt.

Luise Schnierle
Wilhelm Schöttle
zeigen ihre **Verlobung** an
Calw September 1920

Zur Ausführung
elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,
auch für Städtische Arbeiten zugelassen
empfiehlt sich
Adolf Braun, Biergasse Nr. 128,
Installations-Geschäft.

Wir haben laufend große Aufträge in
Holzdreherarbeiten
zu vergeben.
Interessenten wollen sich wenden an
Postfach 1, Böblingen,

Umarbeiten von Samt, Seide u. s. w. Hüten auf neue Formen
Fr. Dann, Pforzheim, Zerrennerstr. 12.
Getragene Herrenzylinder werden zu modernen Damenhüten umgearbeitet.

Im Sägenfeilen
empfiehlt sich, auch werden
Sägengestelle
gemacht.
Jakob Schönhardt,
Inselgasse 206.

Suche für ein 16jähriges
Mädchen
eine geeignete
Stelle.
Hausvater Gugeler,
Stammheim.

Speise- u. Viehsalz
eingetroffen.
Eugen Dreiß.

Einen starken
Langholzwagen
hat zu verkaufen
Gottlieb Holzäpfel,
Unterhaugstett.

5 schöne, große Enten
sind zu verkaufen
Teinacherstr. 513.

Verkaufe eine hochträchtige, junge

Fahr-Kuh,
ein 3/4 und ein 1/2 jähriges
Rind.
Georg Vetter,
Oberreichenbach.

Herrenhüte
werden in kurzer Frist fachgemäss
umgearbeitet
mit den besten Garnituren, auf neueste Formen.
W. Schäberle, Calw
Hutmacher ◆ Marktplatz.

Zu beachten! Für Erwachsene **Tuchschnallenstiefel** und Kinder warme, gefütterte **Hausschuhe** sowie **Lederwaren** verschiedener Art u. einen Posten **Schuhmachermesser, Stähle, Hämmer** verkauft billig
Karl Stoll, Haaggasse.

Schüly's Apfelperle
(K. Mostextrakt, patentamtl. gesch.)
überholt nachweisbar alle übrigen Fabrikate; ergibt **unstreitig** den besten, billigsten und Apfelmost ebenbürtigen „Haustrunk" u. macht Apfelmost, Bier usw. völlig überflüssig. Zur **Herstellung** und **Streckung** von Apfelmost, weil flüssig, ganz vorzüglich geeignet. Zuckerzugabe ist unnötig. Versuche mit unseren Qualitäten wirken nur überraschend. Muster und Gebrauchsanweisung kostenlos. Ia. Referenzen in Original zu Diensten.
Schüly & Hönniger, Villingen.
Verkaufsstelle: **Ritter-Drogerie Calw.**

Mädchen-Gesuch.
Nach Stuttgart wird ein Mädchen, das kochen kann, zum sofortigen Eintritt gesucht. Näheres bei
Frau Belthle, Calw,
Untere Marktstraße.

Jüngeres, williges
Mädchen
zum sofortigen Eintritt
gesucht.
Frau Wochele,
Lederhandlung.

Kurzgesägtes, trockenes
Brennholz
in Fuhren zu Mk. 70.—
kann sofort geliefert werden
L. Kärcher, Sägewerk
Hirsau.

Herrenberg.
Von Mittwoch früh ab
steht in meiner Stallung ein großer Transport
schöne, jüngere, gute

Arbeits-Pferde
zum Verkauf, wozu ich Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einlade.
Max Wolf, Telefon 4.

Tüchtiger
Langholz-Fuhrmann
kann sofort eintreten bei
L. Kärcher, Sägewerk
Hirsau.

Gut erhaltenen
Ueberzieher
(für mittlere Figur) billig zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Rundschreiben Briefbogen
erhalten Sie rasch in der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.